# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Filialen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13566, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Reklamekasten 1,25 RM. Anzeigen-Annahme bis vorher 10 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 9. Juli 1926 — Nummer 157


# Die Koalition am Pranger

**Fort mit der Heldtregierung — Für den Block aller Proletarier — Schluß mit der Reaktion und ihren Agenten — Für den Kongreß der Werktätigen — Erkämpft ein rotes Sachsen**

## Erklärung der KPD-Fraktion zum Etat der sächsischen Regierung

In der gestrigen Landtagssitzung gab der Genosse Liebermann bei der Beschlußfassung über den Haushaltplan der sächsischen Koalitionsregierung im Auftrage der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Mit der Verabschiedung des Etats geht die Periode der sächsischen Koalitionsregierung ihrem Ende entgegen. Die Regierung der „alten Sozialdemokraten" mit den Demokraten und Volksparteilern entstand **nicht durch den Willen der werktätigen Massen** in Sachsen.

**Sie wurde gebildet auf Verlangen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und erhielt ihre Macht aus den Händen des Reichswehrgenerals Müller.**

In offener Feindschaft gegen die Arbeiter entstanden, hat diese Regierung, gestützt auf die 23 Verräter, jahrelang die Interessen **der Kapitalisten vertreten, die Arbeiterforderungen brutal bekämpft**, die werktätigen Massen der Not und dem Elend **ausgeliefert**.

Nachdem die 23 durch ihr arbeiterfeindliches Verhalten und ihren offenen Verrat jede Verbindung mit den Arbeitern verloren hatten, waren sie ängstlich bemüht, Fühlung mit den kapitalistischen Parteien zu halten. Sie haben der sächsischen Reaktion Hilfsdienste geleistet.

Die Koalitionsregierung trat ein für den Dawesvertrag und die Locarnopolitik, für die Versklavung der deutschen Arbeiter und ihre Auslieferung als Kanonenfutter an die imperialistischen Mächte gegen Sowjetrußland.

**Im Kampfe um die Fürstenenteignung stellte sich die sächsische Regierung auf die Seite der Fürsten;**

sie gab als erste in der Oeffentlichkeit mehrmals die Erklärung ab, sie sei gegen die Enteignung der Fürsten.

In der **Lohnabbauoffensive der Unternehmer**, im Kampf um die Arbeitszeitverlängerung ging die Regierung den Privatunternehmern voran. Unter brutalem Einsatz von Polizei und Technischer Nothilfe, durch Maßregelung von Arbeitern

**wurde in den staatlichen Betrieben der Achtstundentag beseitigt**

und die Arbeitszeit bis auf 12 Stunden verlängert. Die Belegschaftsstärke wurde verringert, die Löhne herabgesetzt, das Antreibersystem raffiniert ausgebaut und die Ausbeutung ungeheuer gesteigert.

Die Schlichter dieser Koalitionsregierung fällten Schiedssprüche gegen die Arbeiter. Sie kamen den Forderungen der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Löhne und Ferien im vollen Umfange nach.

**Die Polizei wurde immer stärker zu einem Instrument des Bürgerkriegs gegen die Arbeiter ausgebaut**

An die Spitze der Polizei stellte die Regierung reaktionäre Offiziere. **Bei Streiks und Aussperrungen wurde die Polizei** gegen die Arbeiter **und zum Schutze der Streikbrecher** eingesetzt.

Die monarchistisch-faschistischen Richter führen einen Rachefeldzug; sie füllen die Gefängnisse und Zuchthäuser mit revolutionären Klassenkämpfern.

Die Faschisten **haben in Sachsen freie Bahn**. Die illegalen Kampfverbände des Unternehmertums können sich ungestört entwickeln. Die Arbeiterorganisationen aber werden bespitzelt und unterdrückt.

Die Regierung führte einen heftigen Kampf gegen die Volksschule und die freie Lehrerschaft. Sie hat die Macht und den Einfluß der Kirche und der Geistlichkeit zur Verdummung der Arbeiter mit allen Mitteln gefördert und hat alles getan, um

**die Volksschule nach den reaktionären Wünschen der sächsischen Kapitalisten umzugestalten.**

Sie unterstützte die reaktionären Bestrebungen des „Neuen Sächsischen Lehrervereins".

Die Koalitionsregierung und der Landtag **lehnten jede Erhöhung der Erwerbslosen- und Fürsorgerunterstützung ab.** Notstandsarbeiten wurden nur im geringen Maße durchgeführt. Das Verlangen der Arbeiter nach Ausbau der Fürsorge für Mutter und Kind, nach Schülerspeisungen, Unentgeltlichkeit der Lern- und Lehrmittel, kostenloser Totenbestattung, wirksamer Bekämpfung der Wohnungsnot wurde abgelehnt.

Die Rechte der Arbeiter wurden verringert,

**die Gemeindeordnung verschlechtert**

und nach den Wünschen der Reaktion umgestaltet.

**das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden vernichtet.**

Bei der Bildung der Regierung erklärte der Ministerpräsident Heldt: „Die Koalition sei notwendig, um das sächsische Volk vor dem Untergang zu retten."

Heute aber ist der Zusammenbruch der Wirtschaft und die Notlage der arbeitenden Bevölkerung größer denn je. Immer mehr Betriebe werden stillgelegt,

**die Arbeitslosigkeit wird immer größer,**

die Preise aller Bedarfsgegenstände steigen. Der brutale Kampf der Kapitalisten wird die Notlage weiter vergrößern. Die Fortführung der Konzentration des Kapitals führt zur Vernichtung einer noch größeren Menge Klein- und Mittelbetriebe. Die Folge wird sein noch größere Arbeitslosigkeit, noch größeres Elend.

**Die Bourgeoisie rüstet zum blutigen Niederschlagen der hungernden Massen, wenn diese sich gegen den Untergang ins Elend zur Wehr setzen.**

Die Koalitionsregierung und die 23 „alten Sozialdemokraten" **leisten den Reaktionären bei den Vorbereitungen zum Bürgerkrieg hilfreiche Dienste.** Nicht Rettung des notleidenden Proletariats, sondern Rettung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterklasse ist die Aufgabe der Heldt-Regierung.

Diese reaktionäre Rolle der Heldt-Regierung kommt auch zum Ausdruck in dem vorliegenden Etat.

Die Besitzsteuern wurden abgebaut, dafür aber eine schärfere Besteuerung der Arbeiter und des besitzlosen Mittelstandes durchgeführt.

**Für die Polizei und die Justiz werden 80 Millionen Mark, für Wohlfahrtspflege aber nur 8 Millionen Mark ausgegeben.**

Der vorliegende Etat ist der Ausdruck der schwärzesten Reaktion.

**Die Kommunistische Fraktion lehnt diesen Etat ab**

**Sie bewilligt zur Niederschlagung der Arbeiterklasse keine Mittel.** Die Arbeiterschaft hat in den Jahren des Bestehens dieser Koalitionsregierung jeden Tag erneut erfahren, daß sie von dieser Regierung, der Partei der 23 und den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten hat.

**Wiederholt haben die Arbeiter den Rücktritt dieser Regierung gefordert,**

die Eintzeichnungen beim Volksbegehren, **die Abstimmung** beim Volksentscheid waren deutliche Mißtrauenskundgebungen gegen die Koalitionsregierung.

Gegen den Willen der werktätigen Massen wurde diese Regierung gebildet, gegen den Willen der werktätigen Massen blieb diese Regierung bestehen.

**Die Gruppe der Sozialdemokraten um Arzt und Edel haben den Kampf für die Beseitigung dieser Regierung nicht geführt.**

Sie haben gemeinsame Kundgebungen der Arbeiter gegen die Koalitionsregierung abgelehnt, sie haben in den Gewerkschaften auf jeden Kampf gegen die Renegaten verzichtet.

Die arbeitende Bevölkerung muß erkennen, daß die Herrschaft der Kapitalisten und ihrer Helfer nur mit außerparlamentarischen Mitteln zu beseitigen ist.

**Nur die Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft wird die Arbeiter befreien.**

Die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf ist

**die Einheitsfront der Arbeiter.**

Nur im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien wird die Einheitsfront der Arbeiter hergestellt werden. **Nur die Kommunistische Partei ist bereit,** einen entschlossenen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft zu führen. Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen zur Sammlung, zu einem

**Kongreß aller Werktätigen**

auf. Alle von der gesteigerten Ausbeutung und Ausplünderung Betroffenen müssen an der Propagierung und Organisierung dieses Kongresses mitwirken. Der Kongreß wird die Basis schaffen zum gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten gegen die Gesellschaft der Plünderer.

Der Landtag geht heute in die Ferien. Der Landtag wird aufs neue ausgeschaltet, um der reaktionären Regierung in Sachsen vollständig **freie Bahn für weitere arbeiterfeindliche Maßnahmen zu geben.**

Die Arbeiterschaft wird die landtagsfreie Zeit nicht ungenutzt vorübergehen lassen; sie wird in der Zeit alle Kräfte anspannen,

**den festen Block aller Proletarier**

**herzustellen, sie wird die breite Kampffront bilden, die mit der Reaktion in Sachsen endgültig aufräumt.**

**Die Arbeiterschaft weiß, daß bis zum Herbst die politische und wirtschaftliche Lage eine ungeheure Zuspitzung erfahren wird. Die sächsische Arbeiterschaft wird darauf rüsten, um unter Führung der Kommun. Partei wieder ein rotes Sachsen herzustellen.**

**Fraktion der KPD im Sächsischen Landtag**

# Her mit der Dreiländer-Kampffront der Transportarbeiter!

Je länger der zäh und geschlossen durchgeführte Generalstreik der englischen Bergarbeiter andauert, desto größer werden die Kohlentransporte vom Kontinent nach England. Die wachsende Kohlenausfuhr insbesondere aus Deutschland ist eine unbestrittene Tatsache. Auch aus anderen Ländern ist eine verstärkte Kohlenausfuhr seit Beginn des englischen Kampfes festzustellen. Immer größer wird dadurch die Gefahr des Dolchstoßes in den Rücken der heldenmütig ausharrenden englischen Bergarbeiter, wenn sich nicht endlich die Transportarbeiter auf die Klassen- und Kampfsolidarität besinnen. Besonders die Hafenarbeiter und Seeleute sind es, die sehen, wie in den einzelnen Häfen ein Schiff nach dem andern mit Kohlen beladen die Fahrt nach England antritt. **So ist es nicht nur in Hamburg und anderen deutschen Häfen, sondern auch besonders in den holländischen, belgischen und nicht zuletzt in den französischen Kanalhäfen.**

**Wenn auch erst nach neunwöchentlichem Kampfe der englischen Kumpels, so beginnt doch noch rechtzeitig genug für die** Kohlenzufuhr vom Kontinent nach England eine Gefahrenzone. Aus einzelnen Kanalhäfen wird die Aufnahme des Kampfes der Hafenarbeiter berichtet. **Nach den letzten Nachrichten ist der in Antwerpen ausgebrochene Streik der Hafenarbeiter vollständig.** Mit einem Uebergreifen dieses Kampfes auf die Hafenarbeiter in Gent ist zu rechnen. Auch in den französischen Kanalhäfen Boulogne und Dünkirchen haben die Hafenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Wie dieser Kampf der Hafenarbeiter in den französischen und belgischen Häfen auch zur Stunde stehen mag, es ist ein Alarmruf für die gesamte Transportarbeiterschaft aller Nordseehäfen, insbesondere Deutschlands und Hollands. An ihnen liegt es, die Stunde zu nutzen und zu ruhen, ehe es zu spät ist. Geschlossen gilt es, die Forderung des gemeinsamen Kampfes aller Transportarbeiter und Seeleute zu erheben und zur Tat werden zu lassen.

**Her mit der Dreiländerkampffront aller Transportarbeiter in Deutschland, Holland und Belgien ist das Gebot der Stunde!**

Vielfausendfach muß dieser Ruf erschallen in den der Internationalen Transportarbeiterföderation in diesen Ländern angeschlossenen und nicht angehörenden Transportarbeiterorganisationen. Der Deutsche Verkehrsbund und die Zentralverbände der Transportarbeiter Hollands und Belgiens waren es, die im Vorjahre in Anwesenheit eines Vertreters der ITF wiederholt in Berlin verhandelten über die Aufrichtung einer solchen Kampffront. In Holland wurde dafür zu Anfang dieses Jahres eine besondere Flugschrift herausgegeben. Die holländische, dem RGO angeschlossene, jedoch der ITF nicht angehörende Transportarbeiterföderation forderte ihre Einreihung in die Dreiländerkampffront und ein einheitliches Vorgehen aller Transportarbeiter.

Die Stunde ist da, wo den Worten Taten und der Parole ein Kampf aller Transportarbeiter in den Kanal- und Nordseehäfen folgen müssen. Verbreitert die Kampffront von Boulogne über Dünkirchen und Antwerpen bis Cuxhafen. Transportarbeiter, steht auf der Wacht und sorgt dafür, daß keine Tonne Kohle mehr nach England geht!

Soll die Parole nicht ein Schlagwort, sondern eine Kampfloſung sein, so ist die entscheidende Stunde da, um sie zu verwirklichen. In den Händen der Transportarbeiterorganisationen Deutschlands, Hollands und Belgiens liegt die Entscheidung, damit alle Transportarbeiter wie ein Mann aufstehen und ihre mächtige Kampfeswaffe vereinen mit dem Kampf der englischen Bergarbeiter. „Die nächste Woche wird die entscheidende unseres Kampfes sein. Innerhalb der nächsten vierzehn Tage wird der Kampf gewonnen oder verloren." Das sind die Mahnworte des Sekretärs der englischen Bergarbeiterföderation nicht nur an die englischen Bergarbeiter, sondern an die gesamte internationale Arbeiterschaft. Flugschiffer, Hafenarbeiter und Seeleute, ermuntert euch und zwingt eure Verbandsleitungen zum Handeln, ehe es zu spät ist!

Von Cuxhafen bis Dünkirchen muß die Flamme des Kampfes aller Transportarbeiter leuchten und zum Zeichen des Sieges für den von den englischen Bergarbeitern ausgefochtenen Kampf werden.

**Handelt und kämpft wie die englischen Bergarbeiter!**